



Vorzeige-Grundschule (in Berlin): „Irrsinniger Zuzug im Viertel“

SCHULEN

Schummeln fürs Kindeswohl

Briefkasten-Wohnungen und Schein-Tagesmütter: Um ihre Kinder an der Wunsch-Grundschule anzumelden, entwickeln Eltern viel Phantasie.

Die Wald-Grundschule in Berlin hat vieles zu bieten, was Mütter und Väter beglückt: Vor über 100 Jahren gegründet, um rachitische Großstadtkinder am Rande des Grunewalds mit frischer Luft zu pöppeln, lockt die Schule heute mit Kursen in Hockey und Fechten, einem Garten mit Teich – und einem beschaulichen Umfeld ohne soziale Konflikte.

„Wir sind ein sehr nachgefragter Bezirk“, sagt Reinhard Naumann, Schulstadtrat in Charlottenburg-Wilmersdorf. So gefragt, dass sein Amt jedes Jahr während der Wochen, in denen Berlin seine Erstklässler auf die Grundschulen verteilt, einen wundersamen Anstieg von Wohnsitzanmeldungen im Einzugsgebiet der Wald-Grundschule verzeichnet.

In diesem Jahr wurde es dem SPD-Politiker zu bunt. Er ließ ein strenges Schreiben an zugezogene Eltern verschicken: Wer nur zum Schein eine Wohnung miete, begehe eine Ordnungswidrigkeit, die mit „einer Geldbuße bis zu 500 Euro“ geahndet werde. Um „berechtigte Zweifel“ zu zerstreuen, sollten die Familien Nachweise beibringen, etwa Mietverträge, Strom- und Gasbelege oder eine GEZ-Anmeldung.

Die Drohung wirkte: Am 1. September werden an der Wald-Grundschule rund 30

Erstklässler weniger ihr Schulleben beginnen als ursprünglich gemeldet. Eine Mutter scheiterte mit ihrem Einspruch gegen die Schnüffelei vor dem Verwaltungsgericht.

Wie um die Wald-Grundschule tobt in vielen deutschen Städten und Gemeinden ein heimlicher Krieg zwischen Ämtern und Eltern. Väter und Mütter wollen ihre Sprösslinge in einer guten Lehranstalt unterbringen – auch wenn sie die Kleinen dafür durch die halbe Stadt karren müssen.

Die Behörden halten dagegen am Sprenkelprinzip fest, wonach grundsätzlich der Besuch der nahe gelegenen Grundschule verpflichtend ist.

In dem Streit wird mit harten juristischen Bandagen gekämpft – und mit allerlei Tricks. Eltern geben falsche Adressen an, erfinden Tagesmütter und Arbeitswege. Das Schul-Schummeln ist vielerorts längst Massensport.

Mauschel-Avantgarde ist die Hauptstadt. Abgeschreckt von Horrormeldungen über abgezogene und verprügelte Grundschüler und Klassen, in denen kaum ein Kind die deutsche Sprache beherrscht, bringen Eltern ihren Nachwuchs aus den Schulen der Problemkieze. Dort würden, so die begründete Sorge, den Knirpsen schon früh Lebenschancen verhaselt.

Im Umfeld begehrter Lehranstalten hängen Zettel aus, auf denen Schul-Fluchtwillige ihren Helfern Belohnungen für eine Scheinadresse versprechen. Ein laxes neues Melderecht (SPIEGEL 31/2007) macht es Briefkasten-Familien leicht: Wer sich an- oder ummeldet, muss keine Unterschrift des Vermieters mehr vorlegen.

So sicherte Eva Honoldt* für ihre fünfjährige Tochter die Chance auf einen Platz an der Wald-Grundschule, indem sie sich im Haus von Freunden als Mieterin an-

* Namen von der Redaktion geändert.

meldete. Tatsächlich wohnt die Familie in der Nähe des Bahnhofs Zoo.

Kathrin Wenzel* bringt ihren zehnjährigen Sohn jeden Tag aus einem Dorf im südöstlichen Berliner Speckgürtel an eine Grundschule in Steglitz-Lichterfelde. Dort ist sie gemeinsam mit den vier Kindern bei ihrer Mutter gemeldet, in einer Eineinhalb-Zimmer-Wohnung von 50 Quadratmetern. Die eigens eingerichtete Rufnummer wird an den Arbeitsplatz des Lebenspartners umgeleitet. Sie habe „einen Heidenzorn“, dass sie sich überhaupt in „diese illegale Situation“ begeben müsse, so Wenzel.

Die Fronten zwischen Eltern und Behörden sind verhärtet. Tempelhof-Schöneberg und Charlottenburg-Wilmersdorf lassen verdächtige Zuzüge überprüfen. Mit „schnüffelstaatlichen Allüren“ ließe sich auf Dauer niemand zum Bleiben zwingen, argumentiert dagegen Lutz Hambusch, der als Rechtsanwalt Berliner Eltern vertritt.

Immer häufiger treffen sich die Kontrahenten vor dem Kadi wieder: Am Verwaltungsgericht Berlin steigt die Zahl der Eilverfahren wegen Schul-Streitigkeiten. Für das beginnende Schuljahr waren es rund 120 Verfahren.

Doch auch im Süden der Republik stimmen Eltern mit den Füßen ab. „Wir haben

gen in Darmstadt und Wiesbaden untersucht. Es verblieben Kinder, deren Eltern uninformatiert seien oder die sich lange Fahrten nicht leisten könnten. Deshalb seien schon die „Grundschulen eines Viertels entmischerter als dessen Wohnbevölkerung“. Das Wahlverhalten sei in der Konsequenz sozial bedenklich, argumentiert Radtke.

In Nordrhein-Westfalen hat die CDU/FDP-Landesregierung dem Drängen nachgegeben und lässt Eltern ab 2008 die Grundschule frei wählen. 15 Pilot-Kommunen räumen diese Möglichkeit bereits ein. Die Folge: In der Landeshauptstadt Düsseldorf schulen beispielsweise 19 Prozent der Eltern ihre Kinder in fremden Bezirken ein, vor der Freigabe waren es mittels begründeter Anträge 13 Prozent.

Über die Interpretation dieser Zahlen streiten sich Regierung und Opposition. Die Verschiebungen hielten sich im Rahmen, heißt es aus dem Schulministerium. „Die weit überwiegende Mehrheit der Eltern steuert eine nahe gelegene Schule an und baut auf das vertraute Umfeld“, so ein Sprecher. Man sei zuversichtlich, dass „andere Bundesländer nachziehen werden“. Auch Schleswig-Holstein hat beschlossen, die Schulbezirke aufzuheben.

„Das bringt Wanderungen mit sich, die man vermeiden sollte“, kritisiert Ute Schäfer (SPD), ehemalige NRW-Schulministerin. Konkurrenz sei nicht erstrebenswert: „Die Grundschule hat den Auftrag, Kinder fit fürs Lesen und Schreiben zu machen und in ihnen Neugierde zu wecken.“

Barbara John (CDU), ehemalige Ausländerbeauftragte des Berliner Senats, bezeichnet die „massenhaften Ausweichtechniken“ als „rationale Wahl“: „Man kann doch von Eltern nicht verlangen, dass sie ihr Kind dem Gemeinwohl opfern“. Der einzige Weg aus dem Dilemma sei, unpopuläre Schulen so zu stärken, dass sie im unvermeidlichen Wettbewerb eine faire Chance hätten.

Wie die Trendwende zu schaffen ist, macht die Erich-Kästner-Schule in Darmstadt vor. In einem Viertel mit vielen Wohnsilos gelegen und einem Migrantenanteil bei den Schülern von über 50 Prozent, hat sie eigentlich schlechte Karten bei den im Quartier wohnenden deutschen Familien. Doch man habe es geschafft, die Abwanderung an andere Schulen niedrig zu halten, erzählt Schulleiter Michael Hüttenberger stolz.

„Eine Schule muss sich wie ein Unternehmen verkaufen, das seine Alleinstellungsmerkmale herauskehrt“, sagt Hüttenberger. Er spricht gezielt mögliche Kunden an, beispielsweise die Käufer von Eigentumswohnungen. Solche betuchteren Schichten will der Schulleiter Häuserblock für Häuserblock zurückerobern.

An der Erich-Kästner-Schule dürfen sich Mütter und Väter in die letzte Bank setzen und den Unterricht beobachten. Die beste Werbung seien zufriedene Eltern, sagt Hüttenberger – sie überzeugen andere.

JAN FRIEDMANN



Beschmiertes Schulgebäude (in Berlin)
„Massenhafte Ausweichtechniken“

einen irrsinnigen Zuzug im Viertel“, erzählt Claudia Roedel, Elternbeiratsvorsitzende der Dom-Pedro-Schule im Münchner Stadtteil Neuhausen. Manche Familien mieteten eigens kleine Wohnungen an, um dort Mutter und Kinder anzumelden. Andere gäben die Adresse der Oma oder anderer Verwandter an. Die maximal vierzünftig ausgelegte Schule platze mit fünf Parallelklassen aus allen Nähten, erzählt Roedel. „Wir mussten schon Klassen im Keller unterbringen.“

Isabell Zacharias, Vorsitzende des Bayerischen Elternverbands, stellt einen „Run auf Schulen mit gutem Ruf in gehobenen Wohngebieten“ fest. Gemieden werden hingegen Schulen mit einem hohen Ausländeranteil, einer angegliederten Hauptschule oder wenig Überwechslern ins Gymnasium.

„Gerade die Mittelschicht flüchtet aus Schulen mit vielen Migranten“, bestätigt Frank-Olaf Radtke. Der Frankfurter Erziehungswissenschaftler hat die Wanderun-